

Vorblatt

Ziele

Ziel 1: Anpassungen an die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzbestimmungen der Privatwirtschaft

Inhalt

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahmen:

Maßnahme 1: Änderung der Bundes-Arbeitsstättenverordnung

Maßnahme 2: Änderung der Bundes-Sicherheitsvertrauenspersonen-Verordnung

Wesentliche Auswirkungen

In den Wirkungsdimensionen gemäß § 17 Abs. 1 BHG 2013 treten keine wesentlichen Auswirkungen auf.

Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und andere öffentliche Haushalte

Aus der gegenständlichen Maßnahme ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen auf den Bund, die Länder, die Gemeinden oder auf die Sozialversicherungsträger.

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens

Keine

Vereinfachte wirkungsorientierte Folgenabschätzung

VO B-AStV und B-SVP-VO

Einbringende Stelle: BMKÖS

Titel des Vorhabens: Verordnung der Bundesregierung, mit der die Bundes-Arbeitsstättenverordnung und die Verordnung über die Sicherheitsvertrauenspersonen geändert werden

Vorhabensart: Verordnung

Inkrafttreten/ 2024

Erstellungsjahr: 2023

Wirksamwerden: Letzte 29. Mai 2024

Aktualisierung:

Das Vorhaben hat keinen direkten Beitrag zu einem Wirkungsziel.

Problemanalyse

Problemdefinition

Mit den Verordnungen BGBl. II Nr. 324/2014 und BGBl. II Nr. 309/2017 wurden die Arbeitsstättenverordnung – AStV, BGBl. II Nr. 368/1998, und die Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales über die Sicherheitsvertrauenspersonen – SVP-VO, BGBl. Nr. 172/1996, geändert. Seither bestehen im Bereich des Bundesbedienstetenschutzes und des privaten Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzes unterschiedliche Anforderungen betreffend Arbeitsstätten und Sicherheitsvertrauenspersonen.

Ziele

Ziel 1: Anpassungen an die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzbestimmungen der Privatwirtschaft

Beschreibung des Ziels:

Anpassung der Bestimmungen des Bundesbedienstetenschutzes an die Bestimmungen des privaten Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzes betreffend Arbeitsstätten und Sicherheitsvertrauenspersonen.

Umsetzung durch:

Maßnahme 1: Änderung der Bundes-Arbeitsstättenverordnung

Maßnahme 2: Änderung der Bundes-Sicherheitsvertrauenspersonen-Verordnung

Maßnahmen

Maßnahme 1: Änderung der Bundes-Arbeitsstättenverordnung

Beschreibung der Maßnahme:

Änderungen im Gleichklang mit der AStV betreffend

- die Beleuchtung von Verkehrswegen, Fluchtwegen sowie Notausgängen,
- Fluchtwege und insbesondere die maximale Fluchtweglänge und
- die erforderliche nutzbare Mindestbreite von Notausgängen
- Brandschutz

Umsetzung von:

Ziel 1: Anpassungen an die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzbestimmungen der Privatwirtschaft

Maßnahme 2: Änderung der Bundes-Sicherheitsvertrauenspersonen-Verordnung

Beschreibung der Maßnahme:

Änderung der Bundes-Sicherheitsvertrauenspersonen-Verordnung im Gleichklang mit der SVP-VO hinsichtlich der Ausbildung für Sicherheitsvertrauenspersonen

Umsetzung von:

Ziel 1: Anpassungen an die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzbestimmungen der Privatwirtschaft

Dokumentinformationen

Vorlagenversion: V2.021

Schema: BMF-S-WFA-v.1.9

Deploy: 2.8.8.RELEASE

Datum und Uhrzeit: 29.05.2024 10:47:41

WFA Version: 1.2

OID: 1258

B0